



FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
IM GEMEINDERAT
KARLSTR. 22 69190 WALLDORF
TELEFON 06227-3099922

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Karlstr. 22 D-69190 Walldorf

Frau Bürgermeisterin
Christiane Staab

- Rathaus –
69190 Walldorf

Walldorf, den 15. Oktober 2019

Antrag und Resolution an den Gemeinderat der Stadt Walldorf

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Staab,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Walldorf stellt folgenden Antrag:

Der Stadtrat der Stadt Walldorf

- erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihre schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
- vertritt die Auffassung, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
- berücksichtigt ab sofort stärker die Auswirkungen auf das Klima bei Entscheidungen und bevorzugt grundsätzlich Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Verpflichtender Bestandteil für politische Beschlussvorlagen ab diesem Beschluss wird neben Haushaltsauswirkungen auf den Vorlagen zu jedem Tagesordnungspunkt die Rubrik „Nachhaltigkeit und Auswirkungen auf den Klimaschutz“ mit aufgeführt und von der Verwaltung in der Vorlage berichtet
- Neben Haushaltsauswirkungen auf den Vorlagen zu jedem Tagesordnungspunkt wird die Rubrik „Auswirkungen auf das Klima“ in jede Vorlage aufgenommen und von der Verwaltung in der Vorlage bearbeitet
- verpflichtet sich, im Rahmen von Klimaschutzkonzept und dem integrierten Mobilitätskonzept Maßnahmen zur Senkung der Emissionen durchzuführen, um eine Reduktion der Treibhausgasemissionen auf 4,5 t pro Mensch und Jahr bis 2030 zu erzielen

- wird als Klimaschutzmaßnahmen im Durchschnitt der kommenden Jahre jeweils pro Haushalt mehr Mittel für Investitionen und Erhalt der Radinfrastruktur einstellen als in den vergangenen fünf Jahren insgesamt, den kommunalen ÖPNV im Rahmen unserer rechtlichen Möglichkeiten erweitern und Maßnahmen wie den KfW55 Baustandard und die Solaroffensive beschließen, die Energie einsparen und erneuerbare Energieerzeugung fördern.
- wird zur Klimaanpassung zweihundert Bäume in und an Verkehrswegen der Stadt Walldorf pflanzen lassen, um bestehende Bäume zu schützen eine Baumschutzsatzung verabschieden und konsequente Begrünungen von Dächern und Fassaden ebenso einfordern, wie öffentliches Grün in Bebauungsplänen festzusetzen.
- strebt an, eine Klimaschutzmanagementstelle dauerhaft zu installieren
- fordert die Verwaltung auf, dem Stadtrat und der Öffentlichkeit regelmäßig über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen inklusive stadteigener Beteiligungen Bericht zu erstatten.
- appelliert auch an andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland, sich der Ausrufung des Klimanotstandes anzuschließen.

Begründung

Die menschengemachte Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Mit 9,6 Tonnen CO₂-Emissionen pro Kopf liegt Deutschland im Jahr fast doppelt so hoch wie der weltweite Durchschnitt und trägt als eine der stärksten Volkswirtschaften weltweit zum Klimawandel bei. Das Ziel der EU-Mitgliedsstaaten bis 2030 die Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 um 40% zu senken, verlangt eine Kehrtwende in vielen Sektoren, auch auf kommunaler Ebene.

Im Energiesektor – mit dem anteilmäßig größten CO₂-Ausstoß – im Bereich Verkehr, in der Abfallwirtschaft, der Landwirtschaft, bei den privaten Haushalten, im Gewerbe, Handel- und Dienstleistungssektor gilt es umgehend Weichenstellungen zu setzen.

Schon jetzt können wir weltweit, aber auch in Deutschland, Folgen des Klimawandels beobachten, die sich bei einer Erwärmung um 2 Grad Celsius als unumkehrbar erweisen. Hitzeperioden, Extremwetterereignisse und Überschwemmungen waren auch in Walldorf in den letzten Jahren deutlich spürbar. Daraus resultieren verheerende Folgen für die Pflanzen- und Tierwelt, die die Grundlage menschlichen Lebens nachhaltig verändern werden.

Wenn wir diese Folgen für Mensch und Natur noch verringern wollen, braucht es in kürzester Zeit ein konsequentes Handeln auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Vor diesem Hintergrund haben zahlreiche Städte und inzwischen sogar Länder den sogenannten Klimanotstand ausgerufen.

Mit dem Ausruf des Klimanotstands weisen wir als Stadt eindringlich auf die Notwendigkeit hin, die Freisetzung klimawirksamer Treibhausgase umgehend zu reduzieren und klimafreundliche Wirtschafts- und Lebensweisen voranzutreiben. Klimaschutz muss als Querschnittsaufgabe deutlich mehr in das Bewusstsein und in die Verantwortung der Handelnden in dieser Stadt gerückt werden. Deshalb werden wir eine Reihe von Maßnahmen ergreifen sowie die Umsetzung erarbeiteter Konzepte forcieren, die das Klima schützen und die Folgen des Klimawandels eindämmen sollen. Hierzu zählen insbesondere Förderungen des Fuß-, Rad- und Busverkehrs, höherer Energiestandards und Photovoltaikanlagen im

Neubau, die CO2-Neutralität der städtischen Gebäude und Liegenschaften sowie mehr Bäume und Stadtgrün.

Dies wird im Alltag unserer Stadt und im Alltag eines jeden Einzelnen für Veränderungen sorgen, die teilweise auch als Einschränkungen erlebt werden. Wir sind aber überzeugt, dass unsere Verantwortung die Gestaltung dieser Veränderungen einfordert und wir daraus eine noch bessere Stadt entwickeln können.

Mit freundlichen Grüßen



Wilfried Weisbrod, Vorsitzender